

# Stadt soll auch diesmal Ja zu Trianel sagen

## Neues Genehmigungsverfahren

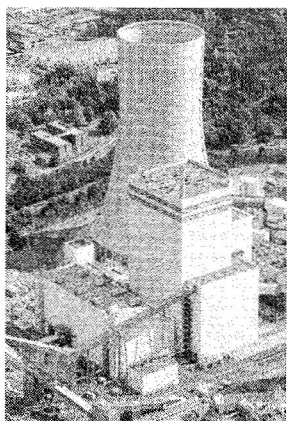
Von Andreas Gruber

WR 18-10-12  
Lünen. Die Stadt hat sich zu dem von Trianel neu eingebrachten Genehmigungsantrag zu positionieren. Für die Verwaltung ist klar: Wie beim ersten Genehmigungsverfahren gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz sollte Lünen auch diesmal das gemeindliche Einvernehmen erteilen.

Letztendlich entscheidet die Politik darüber. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse ist davon auszugehen, dass sie der Empfehlung der Verwaltung folgen wird.

Unter anderem geht es dabei um Einschätzungen zur Bebauung innerhalb des Plangebietes, konkret zur Baumassenzahl. Sie drückt das Verhältnis zwischen Baukörpergröße und Grundstück aus und darf einen bestimmten Wert nicht übersteigen.

Genau das würde passieren, wenn man beim Trianel-Kraftwerk nur das Firmengrundstück miteinberechnet. Daher wurden auch schon beim ersten Genehmigungsanlauf von Trianel unbebaute Flächen im Plangebiet miteinbezogen. Im Einvernehmen mit den Nachbarfirmen übrigens. Die Verwaltung hält das nach wie vor für korrekt



**Das Trianel Kohlekraftwerk in Lünen.**

FOTO: HANS BLOSSEY

und schlägt der Politik die Zustimmung vor.

Das wird voraussichtlich nicht unerwidert erfolgen. Für Grünen-Ratsherr Eckhard Kneisel beispielsweise steht fest: Die hier zu treffende Befreiung ist baurechtlich strittig.

Mit der Stellungnahme zum Trianel-Genehmigungsverfahren wird sich vorberatend der Ausschuss für Stadtentwicklung in seiner Sitzung am 30. Oktober und beschließend der Rat der Stadt Lünen am 6. Dezember befassen.

Nötig ist der zweite Genehmigungsanlauf von Trianel, weil das Oberverwaltungsgericht Münster den bereits erteilten Vorbescheid für den Kraftwerksbau im Dezember 2011 wieder einkassierte.